

Stand: 15.04.2026 13:42:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7349

"Corona-Leitlinien für "Schule zuhause" entwickeln - Infrastruktur sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7349 vom 21.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8088 des BI vom 26.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/8503 vom 17.06.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 17.06.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und Fraktion (SPD)

Corona-Leitlinien für „Schule zuhause“ entwickeln - Infrastruktur sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die Dauer des Unterrichts zuhause in Folge der Corona-Krise folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Sämtliche Schülerinnen und Schüler, die bisher über kein Endgerät oder keinen Internetanschluss verfügen, müssen mit schuleigenen PCs, Notebooks oder Tablets ausgestattet werden bzw. einen dreimonatigen Internetanschluss zur Verfügung gestellt bekommen, damit ein Lernen im heimischen Umfeld geregelt möglich ist. Sollten in den Schulen nicht ausreichend Verleihgeräte zur Verfügung stehen, sorgt der Freistaat für eine entsprechende Ausstattung.
2. Für den Unterricht zu Hause müssen verbindliche pädagogische und organisatorische Leitlinien festgelegt werden. Dazu gehören zum Beispiel das Festschreiben von Wochenplänen und die Frage, wie und in welchem Umfang erledigte Aufgaben geprüft werden können. Auch Podcasts und Tutorials für die anschauliche Darstellung von Lehrinhalten sollten überdacht werden und regelmäßige Videokonferenzen und Online-Chats mit den Lehrern („Online-Lehrersprechstunde“) zum Programm gehören. Denn vor allem die individuelle Förderung von lernschwächeren Kindern und Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund darf unter der aktuellen Situation nicht leiden.

Begründung:

Zwar werden die Schulen ab Ende April schrittweise wieder geöffnet und die Abschlussklassen auf ihre Prüfungen vorbereitet. Das sind im ersten Schritt laut Staatsministerium für Unterricht und Kultus etwa 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Das heißt aber auch, dass der Großteil der Schülerinnen und Schüler weiterhin auf ungewisse Zeit Unterricht zu Hause organisieren muss. Doch fehlen beim sogenannten „Homeschooling“ bisher Klarheit und Verbindlichkeit. Das bedeutet: Die Familien benötigen mehr Unterstützung und planerisches Vorgehen beim häuslichen Lernen. Da der reguläre Unterricht weiterhin überwiegend im häuslichen Umfeld stattfindet, müssen dort auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Oft fehlt es aber schon an der technischen Infrastruktur, ganz zu schweigen von einer verbindlichen Umsetzung der digitalen Lernangebote. Durch Verleihgeräte kann dieser Mangel, wie das Beispiel Rheinland-Pfalz zeigt, mindestens zum Teil beseitigt werden. Die Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren nicht nur den Ausbau der digitalen Bildung, sondern auch den Aufbau entsprechender Strukturen verschlafen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/7349

Corona-Leitlinien für „Schule zuhause“ entwickeln - Infrastruktur sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatler: **Prof. Dr. Gerhard Waschler**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 23. April 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 26. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/7349, 18/8088

Corona-Leitlinien für „Schule zuhause“ entwickeln – Infrastruktur sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Matthias Fischbach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Corona-Leitlinien für "Schule zuhause" entwickeln - Infrastruktur sicherstellen (Drs. 18/7349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag heute ins Plenum hochgezogen, weil uns in den letzten Wochen und Monaten viele Eltern angeschrieben haben.

Viele Eltern in Bayern treibt nach wie vor die Frage um: Wie geht es in Zeiten von Corona mit den Schulen in Bayern weiter? – Wie geht es weiter, Herr Minister? Ganz konkret: Welche Perspektiven können Sie den Eltern für das nächste Schuljahr geben? Ihr Elternbrief, Herr Minister – ich spreche vom Elternbrief vom 19. Mai –, hat jedenfalls bei den Eltern mehr Fragen als Antworten hinterlassen. Ich frage Sie heute ganz konkret: Wie soll Schule im nächsten Schuljahr aussehen? Werden Schülerinnen und Schüler weiterhin im Wechselunterricht zu Hause lernen? Wie wird das organisiert? Wie soll – hören Sie bitte gut zu! – die Bildungsungerechtigkeit, die in den letzten Wochen und Monaten entstanden ist und die auch Ihnen sicherlich nicht gefällt, im nächsten Schuljahr trotz Lehrermangel reduziert werden?

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Wie sollen Kinder zuhause lernen? Sie nennen das immer Zuhause-Lernen und nicht Homeschooling. Wie sollen sie zuhause lernen, wenn sie kein digitales Endgerät haben? Sie wissen genauso wie wir: In Bayern gibt es immer noch viele Kin-

der, die kein digitales Endgerät haben, die keinen Netzanschluss haben, die zuhause nicht einmal ein Zimmer oder einen Raum haben, in dem sie Ruhe haben, oder Kinder, die vielleicht keinen Elternteil haben, der Deutsch spricht und ihnen bei den Hausarbeiten oder bei dem Lernen zu Hause hilft.

Ich zitiere aus dem offenen Brief von Eltern, sehr geehrter Herr Minister, den Sie erhalten haben, in dem gefragt wird, wann endlich alle Schülerinnen und Schüler mit dem entsprechenden Endgerät ausgestattet werden. Diese Frage bewegt mich auch, und ich möchte sie gerne heute von Ihnen beantwortet haben. Eine weitere Frage in diesem Brief lautet:

Wie können die von Ihnen angestrebten unterschiedlichen pädagogischen und organisatorischen Herangehensweisen an den Schulen in Bayern nach der Corona-Zeit wieder zusammengeführt werden, dass den Kindern in ihrer Schullaufbahn keine Nachteile entstehen?

So heißt es weiter. Diese Frage beschäftigt mich auch, denn im kommenden Jahr wird es wieder Leistungserhebungen geben. Wie soll es also weitergehen? Wie genau sollen Lehrkräfte gleichzeitig Präsenzunterricht und Notbetreuung machen und währenddessen noch das Lernen zuhause betreuen und Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern halten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Fragen – keine Antworten. Ich muss den Eltern und natürlich auch den Lehrern recht geben. Es gibt keine tragfähige, keine nachhaltige Planung für die Zukunft an unseren Schulen. Eltern und Lehrerinnen und Lehrer werden weitgehend alleingelassen. Zum Abschluss möchte ich Ihnen das mitgeben, was mir heute von Eltern mit auf den Weg gegeben wurde. Ich war nämlich heute bei einer Protestaktion, zu der auch die Fraktionen der Regierungsparteien eingeladen wurden. Aber leider war von denen niemand anwesend.

Von diesen Eltern wurde mir mitgegeben: Kinder haben Rechte. Sie sind unsere Zukunft, also systemrelevant. Wie wahr! Und deswegen brauchen Eltern und Kinder klare Perspektiven, klare Leitlinien, klare Konzepte. Schaffen wir das nicht, wird die Situation für alle eine Zumutung.

Ich möchte Sie deswegen aufrufen: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Dann erreichen wir zumindest mal, dass alle Schülerinnen und Schüler ein Endgerät sowie einen Netzanschluss bekommen.

Abschließend möchte ich noch eine Umfrage des Realschullehrerverbands zitieren. Darin wurde nämlich festgestellt, dass bei dem Lernen zuhause nur 85 % der Schülerinnen und Schüler erreicht werden konnten. Das kann uns doch nicht zufriedenstellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen also dringend nachbessern.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Sie nur aufrufen: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich weiß, dass Sie ein schneller Läufer sind, aber Sie können sich trotzdem schon mal auf den Weg machen.

(Heiterkeit)

Der nächste Redner ist Herr Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Strohmayer, ich hatte gedacht, dass Sie bei der Bildungsausschusssitzung dabei waren und auch bei den Ausführungen des Ministers, der deutlich gemacht hat, was zu dem Thema zu sagen ist. Sie haben auf das nicht geachtet, was wir in den Beratungen vorgetragen haben. Aber auch hier wäre die Möglichkeit, das im Protokoll nachzulesen, in dem ich mich gerade noch mal versichert habe.

Frau Kollegin Strohmayer, wenn Sie sich die Frage stellen, wie es weitergeht, und auf viele Fragen keine Antworten sehen, kann ich nur sagen: Sie werden Antworten be-

kommen, auch hier gerne noch einmal, weil der Antrag ja hochgezogen worden ist. Ich habe mich gerade im Kollegenkreis abgestimmt, mit Expertinnen, die mir meinen Eindruck bestätigt haben. Ich war auch eine geraume Zeit in der Pädagogik unmittelbar tätig und gebe heute auch noch Vorlesungen, auch in der Corona-Zeit und mit digitalen Geräten. Ich kann nur sagen: Wenn das, was Lehrerinnen und Lehrer beim ersten Mal überbringen wollen, von 85 % aufgenommen wird, ist das schon eine ganz ordentliche Quote.

Ich stelle im parlamentarischen Diskurs fest, dass das oftmals nicht so ist. Ich möchte jetzt den anderen Oppositionsfraktionen nichts wegtun – ich schaue von mir aus gesehen nach links rüber –, aber ich habe den Verdacht, dass gerade bei der SPD-Fraktion nicht jeder genau aufpasst. Aber heute haben Sie die Gelegenheit. Ich denke, Sie können das dann auch nachlesen. Denn all die Dinge sind nicht emotional gefärbt, sondern ich möchte mich auf die Fakten beziehen.

Fakten bedeutet: Beim Antrag geht es um zwei große Blöcke. Diese Blöcke bedeuten zum Ersten die Verfügbarkeit von Endgeräten mit Internetzugang. Dazu ist festzustellen, dass eine sehr große Zahl der Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Erziehungsberechtigten schon über entsprechende Endgeräte verfügt, schon vor Corona.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Herr Kollege Arnold, wenn Sie gerne Zahlen hätten – das entnehme ich Ihrem kurzen Zwischenruf –, dann steht fest, dass bereits in der Zeit vor Corona rund 50.000 schulgebundene Notebooks und Tablets für unterrichtliche Zwecke zur Verfügung standen, die sich im Eigentum des jeweiligen Schulaufwandsträgers befinden.

Ich habe mal nachgefragt, woher diese kommen: Diese wurden aus eigenen Mitteln des Trägers, unterstützt durch das Landesprogramm Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer, oder über den DigitalPakt Schule beschafft, damals, schon in der Zeit vor Corona.

Zum Weiteren, zur Frage, die gestellt wurde:

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Frau Kollegin Strohmayr, schreien Sie nicht, hören Sie zu, ich beantworte Ihre Frage. Wenn die mobilen Endgeräte vor Ort nicht ausreichend zur Verfügung stehen, besteht, um eine Versorgung sicherzustellen, für die Schulaufwandsträger nach wie vor die Möglichkeit, aus den bewilligten Landesmitteln und auch im Rahmen des DigitalPaktes rasch weitere mobile Endgeräte zu beschaffen. Hier sind noch entsprechende Summen vorhanden.

Ich weise auch darauf hin, dass mit den bewilligten Landesmitteln zur Verbesserung der IT-Ausstattung sowie aufgrund des generell zugelassenen vorzeitigen Maßnahmenbeginns in der bayerischen Umsetzung des DigitalPakts den Aufwandsträgern bereits jetzt die Möglichkeit eröffnet wurde, diese Anschaffung zu tätigen, und zwar auch bevor eine Antragstellung offiziell im DigitalPakt in die Wege geleitet wurde. Hier gibt es also großzügige Regelungen, dass man das machen kann.

Wenn das immer noch nicht ausreicht, weise ich darauf hin und danke dafür der Bundesebene, dass im Koalitionsausschuss bewilligt wurde, eine Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule mit den 500 Millionen Euro Zusatzausstattung zu schließen, die der Minister Ende Mai unterschrieben hat. Aus diesem Bundesprogramm waren auf den Freistaat 77,8 Millionen entfallen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass das auf den Freistaat Bayern runtergerechnet circa 150.000 bis 200.000 Geräte sind, die man in dem Sofortausstattungsprogramm anschaffen und in die digitale Ausstattung der Schulen einbetten kann. Hier haben die Aufwandsträger die Kompetenz, das zu beschaffen und dann auch für die Verwendung zu sorgen.

Jetzt muss man auf die Ziele des Sofortausstattungsprogramms schauen. Ich bin schon ein bisschen verwundert, dass Sie die Ziele weder erwähnt noch gelobt haben.

Das muss ja auch nicht sein. Aber ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin. Da heißt es nämlich ausdrücklich, dass diese angeschafften Geräte allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zum digitalen Lernen eröffnen sollen, vor allem um einen – ich zitiere wörtlich – "Ausgleich sozialer Unterschiede als Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit" zu liefern und eine dauerhafte Stärkung der technischen Rahmenbedingungen für das digitale Lernen durch eine nachgelagerte Überführung in den Gerätepool der Schule zu eröffnen. Das heißt im Klartext: Über die Corona-Zeit hinaus, die hoffentlich bald beendet ist – das wünschen wir uns lieber früher als später –, haben die Schulen eine verbesserte digitale Grundausstattung.

Damit kann ich feststellen, dass mit den dem Freistaat Bayern zustehenden Mitteln die Familien unkompliziert und effektiv unterstützt werden. Dass die Verteilung auf der Grundlage der örtlichen Bedarfe in der Verantwortung der Schulen und Sachaufwandsträger steht, ist aus meiner Sicht ein ganz erheblicher Fortschritt. – Das zum ersten Punkt in Ihrem Antrag.

Frau Kollegin Strohmayr, hören Sie bitte zu. Sie tun sonst wieder so unwissend: Das wurde nie gesagt, das weiß ich nicht, und ich bekomme keine Antworten. Ich gebe Ihnen gern ein paar Informationen auch zum zweiten Punkt, zur Zielsetzung beim Lernen zuhause. Keiner hat das in dieser Form gewollt; das war coronabedingt notwendig. Aber keiner von uns wollte es. Deswegen sind alle Vorwürfe, die in diese Richtung laufen, völlig unbegründet.

Wir müssen uns den Fakten stellen, und wir haben jetzt aktuell eben eine schrittweise Öffnung der Schule, die zunehmend einen Wechsel zwischen Präsenzunterricht und Lernen zuhause eröffnet. Wenn ganz klar ein pädagogischer Vorrang des Präsenzunterrichts besteht, müssen wir trotzdem die coronabedingten Einschränkungen im Blick haben.

Dieser Wechsel erfordert ganz selbstverständlich eine genaue, aufeinander bezogene, substanzielle pädagogische Planung. Was nämlich im Präsenzunterricht vermittelt

werden konnte, muss dann natürlich im Lernen zuhause geübt, gefestigt und vertieft werden. Das geschieht mit pädagogischem Augenmaß. Das ist eine verzahnte Einheit und geschieht keinesfalls gleichzeitig, wie Sie gesagt haben, Frau Kollegin Strohmayer; sondern das ist ein Nacheinander und wird vor Ort von den Schulen organisiert. In den Ausschussberatungen konnte man das in der Deutlichkeit noch nicht sagen. Deswegen nutze ich die Gelegenheit, das jetzt zu tun.

Wir haben eine positive digitale Erweiterung, denn die bewährte Plattform Mebis, deren Kapazität zwar durch die Breitbandanbindung verzehnfacht wurde, aber, wenn viele darauf zugreifen, auch manchmal nicht zur Verfügung steht, hat eine hervorragende Ergänzung erfahren: Dem Minister ist es nämlich gelungen, dass wir Microsoft Teams for Education kostenfrei für die Schulen, für weiterführende Schulen über den Sachaufwandsträger zur Verfügung stellen. Darüber konnte ich mich bei Besuchen an verschiedenen Schulen nochmals kundig machen. Es ist sehr gut aufgenommen worden. Es ist kein Zwang, sondern eine weitere Möglichkeit, dies zu tun. Darin ist etwas enthalten, was Mebis nicht hatte: Man hat jetzt die Möglichkeit, über Telefon- oder Videokonferenzen zu kommunizieren, großräumig zu arbeiten, ein Feedback von den Schulen zu bekommen – also etwas, das sich in einer Art und Weise, wie es bisher nur in anderen Ländern möglich war, jetzt auch bei uns eröffnet. Die Kombination mit Mebis ist eine Stärke, die man intensiv nutzen kann. Damit werden die Schulen nicht alleingelassen, ganz im Gegenteil: Hier wird etwas eröffnet, woran man vor, ich sage einmal, einem halben Jahr überhaupt nicht gedacht hätte: dass dies in dieser Qualität und Quantität in einer digitalen Agenda geschieht.

Als Fazit kann ich feststellen, dass der Antrag, den Sie gestellt haben, überdeutlich positiv erledigt ist. Es ist alles auf dem Weg. Man lernt täglich dazu. Durch die genannten Maßnahmen ist man auf einem guten – ich sage: coronabedingten – Weg. Es sind angemessene Rahmenbedingungen gegeben. Deshalb ist der Dringlichkeitsantrag auch heute – wie im federführenden sowie im Haushaltsausschuss – abzulehnen. Die Infrastruktur ist für diejenigen, die sie haben und nutzen wollen, sichergestellt, und

eine Kernverantwortung ist auf der Ebene der Schul- bzw. Sachaufwandsträger zu sehen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und habe gesehen, dass noch eine Zwischenbemerkung kommt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Genau. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Dr. Simone Strohmayr gemeldet. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Kollege Prof. Waschler, ich wollte noch einmal klarstellen: Das sind nicht meine Fragen, sondern es sind Fragen von Eltern, die an Sie gerichtet waren. Ich lasse Ihnen die Briefe gern noch zukommen, denn anscheinend konnten Sie sich bisher noch nicht ausreichend mit diesen Fragen auseinandersetzen. – Das ist das eine, das ich klarstellen möchte.

Das andere ist: Sie haben recht, ich weiß um die Dinge; wir sprechen ja auch im Ausschuss öfter darüber. Von Ihnen kommen immer die gleichen Argumente. Natürlich weiß ich, dass mittlerweile einiges getan wurde. Aber wissen Sie, was mich ärgert? – Wir haben auch in der Vor-Corona-Zeit immer wieder Anträge und Anträge und Anträge gestellt; aber Sie sind kein einziges Mal auf diese Anträge eingegangen. Wir haben längst vor Corona schon darum gebeten, dass die Schulen besser mit Endgeräten ausgestattet werden – längst vor Corona. Sie sprechen jetzt von 50.000 Endgeräten. Vergewissern Sie sich doch einmal: Wie viele Schülerinnen und Schüler haben wir denn in Bayern? Da sind doch 50.000 Endgeräte nicht ausreichend, das muss Ihnen doch klar sein, Herr Prof. Waschler.

Wenn Sie von der Förderung des Bundes sprechen:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Strohmayr, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Die Förderung des Bundes ist natürlich schön. Aber Sie wissen auch, wie sie in Bayern umgesetzt wird: Nur die Stadt München, eine sozialdemokratisch regierte Stadt,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Strohmayr, Ihre Redezeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): legt noch einmal 100 Euro drauf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Waschler, bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Strohmayr, Sie haben schon wieder nicht hingehört. Diese 50.000, die Sie wie ein Mantra wiederholen, das war der Bestand vor der Corona-Zeit, der den Schulen schon vor dieser Pandemie im Bereich der kommunalen Sachaufwandsträger zur Verfügung stand. Es ist nicht die Gesamtzahl der Geräte, die den bayerischen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht.

Die anderen Punkte erwähne ich jetzt nicht noch einmal, weil ich auf einen Aspekt hinweisen möchte: In der Literatur konnte man schon vor vielen Jahren nachlesen: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Also, alles in Perfektion zu erfüllen, ist ein hehres Ziel, und es wird uns wahrscheinlich, solange es Menschen gibt, nicht gelingen. Aber unsere Aufgabe hier im Parlament ist es, das Bestmögliche zu tun. In dieser Situation so viel Geld bereitzustellen, solche Wege zu eröffnen, die von denen, die es wollen, auch genutzt werden, das macht uns kein anderes Land in Deutschland und in Europa in ähnlicher Weise vor. Ich bin stolz darauf, dass ich in diesem Parlament bin. Ich stelle mich auch gern den Herausforderungen der Zukunft. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin stolz, Mitglied in diesem Parlament zu sein. Im Gegensatz zu Herrn Prof. Waschler bin ich aber nicht auf alles stolz, was das Kultusministerium tut. Ich glaube, dort liegt zwischen uns beiden der Unterschied.

In Krisenzeiten sieht man die Dinge doch oft wie unter einem Brennglas: zum einen das hohe Engagement der Lehrkräfte, der Eltern sowie vieler Schülerinnen und Schüler und zum anderen aber natürlich auch die Versäumnisse der Staatsregierung, insbesondere bei der digitalen Bildung. Herr Prof. Waschler, da Sie es ansprachen: Mebis steht dabei stellvertretend für das Versagen der Staatsregierung bei der digitalen Bildung, da es die Plattform war, die noch am 12. März per KMS den Schulen empfohlen wurde: Bitte nutzt es doch. Und dann dauerte es Wochen, bis es einigermaßen stabil funktionierte. Also, gerade Mebis ist ein sehr gutes Beispiel – aber dafür, was alles nicht funktioniert hat. Die Kosten für das, was nicht funktioniert hat, tragen vor allem die sozial ohnehin schon benachteiligten Schülerinnen und Schüler, und ich befürchte, für viele wird dieses verpasste Halbjahr nicht mehr ganz aufzuholen sein.

Damit sich die Situation nicht noch weiter verschlimmert, müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden. Wir GRÜNEN fordern dazu schon lange, zum einen die Schülerinnen und Schüler endlich mit Leihgeräten auszustatten. Jetzt passiert es endlich, nicht dank der Staatsregierung, sondern mithilfe des Bundes. Mittelfristig benötigen zum anderen aber auch Lehrkräfte Dienstgeräte. Das besprechen und beantragen wir übrigens morgen im Bildungsausschuss. Damit kann endlich der Datenschutz sichergestellt werden, und es wäre ein weiterer Schritt, um unser Bildungssystem endlich ins Jahr 2020 zu bringen.

Mehr Geräte bedeuten gleichzeitig natürlich auch mehr Aufwand bei der Einrichtung und Wartung. Jetzt ist es doch wirklich an der Zeit, dass der Freistaat die Systembetreuung mitfinanziert und die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht länger alleinlässt. Ich kann hierzu nur noch einmal auf den Koalitionsvertrag sowie auf die zum Teil völlig unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Sachaufwandsträger ver-

weisen. Hier wird völlig unnötig neue Ungleichheit und neue Ungerechtigkeit produziert.

Jetzt muss endlich mutig in die digitale Bildung investiert werden. Wir brauchen einen Rahmenlehrplan für digitale Bildung, eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und die fortlaufende Finanzierung der Infrastruktur und deren Betreuung. Für uns ist sicher: Eine echte Schulnormalität wird es weder in den nächsten Wochen noch im neuen Schuljahr flächendeckend geben, und gerade bei den Kleinsten wünschen wir uns allerdings jetzt schon etwas mehr Mut. Wir halten es in der jetzigen Lage für verantwortbar, in weniger betroffenen Städten und Kommunen die Grundschulen ab dem 1. Juli unter bestimmten Bedingungen wieder im Regelbetrieb laufen zu lassen. – Aber dies nur am Rande.

Es wird wahrscheinlich auch irgendwo in Bayern wieder zu Schulschließungen kommen, und genau darauf müssen wir beim nächsten Mal besser vorbereitet sein – dann vielleicht mit dem einen oder anderen KMS weniger, dafür mit klarer Kommunikation und tragfähigen Konzepten für ein Lernen zuhause, das diesen Namen auch wirklich verdient.

Bevor das neue Schuljahr startet, stehen aber noch die Sommerferien an. Diese müssen wir diesmal noch mehr als sonst für pädagogische Angebote und zusätzliche Betreuung nutzen. Hierzu brauchen die Bildungsregionen, die es in fast allen Landkreisen Bayerns gibt, aber die Unterstützung des Freistaats. So können wir gerade die Schülerinnen und Schüler unterstützen, die zuhause eben kein perfektes Umfeld vorgefunden haben, und natürlich auch die Eltern, die zum Teil schon ihren gesamten Jahresurlaub aufgebraucht haben. Sie sehen also, die Ideen sind da. Jetzt wird es aber Zeit, dass die Staatsregierung endlich etwas daraus macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Gottstein von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst drei Vorbemerkungen zu den Dingen, die die Vorredner gesagt haben.

Erstens. Der Antrag sei hochgezogen worden, weil sich sehr viele Eltern und Lehrer beschwert hätten. – Wir alle haben sehr viele Briefe bekommen. Eines ist aber auch festzustellen: Wir haben von viel mehr Leuten keine Briefe bekommen, wenn man die Gesamtzahl sieht.

(Zurufe)

– Natürlich, das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Wir haben von der großen Masse keine Beschwerden bekommen. Das ist doch entscheidend!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, der Großteil – und das sind mindestens mehr als 85 % – ist zufrieden.

(Unruhe)

Zweitens. Sie sagen: 85 %. – Natürlich habe ich die Darstellung des Realschullehrerverbands gelesen, und ich muss sagen, ich wäre froh, wenn im Präsenzunterricht immer 85 % erreicht würden. Das ist doch eine Zahl!

(Zurufe)

Ich habe gedacht, dass es vielleicht 50 % oder 60 % sind.

(Zurufe)

– Anscheinend waren Sie nie in einer Schule, oder Sie waren alle Streber und Muster-schüler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Meine dritte Bemerkung richtet sich an meinen Vorredner Deisenhofer. Sie widersprechen sich: Auf der einen Seite sagen Sie: weniger KMS. Auf der anderen Seite wollen Sie eine klare Kommunikation. In einer Behörde ist ein ministerielles Schreiben eine klare Kommunikation; ansonsten haben Sie "Behörde" nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Ich denke, wir haben heute einen guten Tag, und alleine das wäre wahrscheinlich schon ein Anlass gewesen, diesen Antrag nicht mehr zu stellen. Wir haben heute gehört, dass man, sofern nicht weitere Wellen kommen, an den deutschen Schulen und damit auch an den bayerischen Schulen ganz klar das Ziel hat, im Herbst wieder mit dem Regelunterricht zu starten. Das ist doch die gute Nachricht; weil eines ist auch klar: Wir haben immer noch eine sehr schwierige Situation.

Wir hatten mit diesem Erfordernis einer schnellen, totalen Umstellung aber sogar eine noch schwierigere Situation. Das wurde jedoch durch einen Kultusminister gemeistert, der sich nicht aus der Ruhe bringen ließ. Dafür bewundere ich ihn; ich hätte das nicht geschafft. Es ist einfach toll, mit welcher Ruhe man in den Talkshows, in "Jetzt red i" usw. der Schulfamilie eine Verlässlichkeit gezeigt hat, die die Eltern und Lehrer sehr wohl als solche wahrgenommen haben. Danke schön dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Zu den Einzelheiten des Antrags: Wir haben vom Kollegen Waschler gehört, dass die Geräte, die jemand benötigt hat, zur Verfügung gestellt wurden. – Sie wären die Ersten, die meckern würden, wenn man hier als Land finanzieren würde, obwohl nach wie vor im Ausgleich mit den Kommunen eine gewisse Forderung besteht – zumindest bei den Systembetreuern – und obwohl natürlich nach wie vor der Bund gefragt ist. Sie sind mit in der Bundesregierung, und Sie wissen, wie Koalitionsverhandlungen aussehen. Ich denke, der Freistaat geht hier wie auch in anderen Bereichen im Zusammenhang mit Corona mit Geld sehr gut um, indem er erst einmal fragt: Wo können wir Gel-

der abrufen, sodass wir die bayerischen Gelder für andere Dinge zur Verfügung haben?

Es ist verständlich, dass das Zeit braucht, und ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie die verschiedenen Ebenen der Politik nicht verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Mit Ihrer Forderung,

(Unruhe)

dass man hier im Prinzip den Lehrern pädagogisch und organisatorisch alles vorschreiben muss, gehe ich überhaupt nicht konform. Sie wissen, wo in den Bundesländern, in denen Sie regieren, Ihre Schwachpunkte sind. Ich denke, dass das bayerische Schulsystem trotz Fehlern und trotz der Dinge, die man kritisieren kann, vergleichsweise gut funktioniert, liegt an der dezentralen Struktur und daran, dass die Lehrer nach wie vor für den Unterricht verantwortlich sind.

Natürlich gibt es Leitlinien – man wird welche entwickeln – und einfach auch Learning by Doing. Grundsätzlich ist aber der Lehrer die Persönlichkeit, und es ist doch – in Anführungszeichen – auch das "Schöne" an der Krise, dass man gemerkt hat, wie wichtig die Lehrerpersönlichkeit ist. Sie wird vom Ministerium unterstützt.

Wir lernen natürlich daraus. Man lernt immer dazu; wir bemühen uns jedenfalls. Mit einem solchen Antrag wird aber letztendlich gesagt, was hier grottenschlecht sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Es läuft gut, und es wird noch besser laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Strohmayer, ich habe ebenfalls viele Briefe erhalten, allerdings waren es in letzter Zeit, glaube ich, deshalb mehr Briefe, weil die Eltern ihre Kinder endlich wieder in der Schule haben wollen. Sehr viele Eltern sind auch sehr stolz auf die Lehrer, wie sie das individuell geregelt und gelöst haben. Die Regelungswut der SPD braucht es deshalb nicht. Ich finde es auch spannend, dass ein solcher Dringlichkeitsantrag an einem Tag eingebracht wird, an dem Baden-Württemberg erklärt, an den Schulen in zwei Wochen wieder in den Regelbetrieb einzusteigen, während Sie damit anfangen, Pläne für einen längeren Schul-Lockdown zu schmieden.

Herr Prof. Waschler, danke für Ihre sachliche, fundierte Rede. Ich kann deshalb jetzt ein bisschen emotionaler werden, weil die Sachargumente schon "weg" sind.

Was mich ärgert, ist: Sie erwecken immer den Eindruck einer Zweiklassengesellschaft. Als würde der Erfolg nur davon abhängen, dass die Kinder einen PC daheim haben, und natürlich sind es nur die sozial Schwachen, die keinen haben. Ignorieren Sie bitte nicht immer die Realität.

Sie können es sich ansehen: Die bildungsschwachen Familien sind nämlich deutlich medienaffiner und haben einen bis zu vierfach höheren Medienkonsum. Ich habe extra einmal ältere Zahlen herangezogen, damit ich die SPD jetzt nicht überfordere, sie sind aber aus einem SPD-regierten Land: 57,3 % der Schüler aus bildungsschwachen Familien haben einen eigenen Fernseher im eigenen Zimmer. Bei den bildungshöheren Schülern sind es 16 %, und damit nicht einmal ein Drittel. – 45 % der Bildungsschwachen haben einen eigenen PC. Bei den Bildungshöheren sind es 13,6 %. – 42,7 % haben ihre Spielekonsole gegenüber 11,3 %. Darüber hinaus haben sie nachgewiesenermaßen einen viermal so langen Konsum bei der Spielekonsole.

Wenn es um den PC geht, heißt das Problem der sozial schwachen und bildungsschwachen Familien nicht Geld oder Mangel an Geräten, sondern es heißt oft, dass sie ein schlechtes Verhältnis zur Mediennutzung haben. Obgleich ich nicht verallge-

meinern will, ist es aber einfach so, dass in sozial schwachen Familien 3,2 % als süchtig und 6,6 % als akut gefährdet eingestuft werden. Das sind wohl gemerkt nur die aktenkundigen Fälle, und wir brauchen uns, glaube ich, nicht darüber zu unterhalten, wie groß die Dunkelziffer ist.

(Zuruf)

Unser Problem mit diesem "Schule zuhause" sind die Elternhäuser und die Förderung in den Elternhäusern. Ich stimme Herrn Deisenhofer zu: Da geht die Schere auseinander. – Die Eltern, die ihren Kindern zuhause ein Buch vorlesen, sind wichtiger als die Eltern, die einen PC hinstellen. Es ist auch wichtig, dass die Eltern bei den Kindern daheim die Freude am Entdecken und am Lernen wecken und dass sie ihnen vor allen Dingen daheim den Halt und den Rhythmus geben können, damit sich die Schüler auch wirklich hinsetzen, etwas lernen und einen strukturierten Tagesablauf haben. Da gibt es aber leider große Unterschiede.

Das kann man auch nicht mit institutionellen Lösungen und schon gar nicht mit Lehrplänen oder irgendwelchen Hardwarelösungen zu Hause regeln. Viel wichtiger als Informatik wäre es, unseren Kindern einmal einen vernünftigen Medienkonsum, einen richtigen Umgang damit beizubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Ja, das steht im Lehrplan. Das ist aber das SPD-Problem. Sie meinen immer, Sie könnten alles institutionell mit einem Lehrplan regeln. Das können Sie aber nicht, wenn die Eltern daheim etwas anderes vorleben.

(Zuruf: Keinen Lehrplan mehr?)

– Doch, schon einen Lehrplan.

(Zuruf: Ja, was jetzt?)

Ich brauche aber keinen Lehrplan, bei dem die Schüler dann mehr am PC sitzen, und ich brauche nicht jedem einen PC zu geben. Ich muss den Schülern erst einmal beibringen, wie man verantwortungsvoll damit umgeht.

(Horst Arnold (SPD): Medienkompetenz fordern wir schon seit zehn Jahren!)

– Ja, komischerweise funktioniert das aber gerade in SPD-regierten Ländern schlechter. Die Mediennutzung ist zum Beispiel bei Spielekonsolen in Berlin fast um die Hälfte höher als in Bayern.

Dann ist es auch ein wenig schwierig gedacht. Was wollen Sie noch alles machen? Sie haben keinen Internetanschluss. Es gibt dann noch Peripheriegeräte dazu.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Markus Bayerbach (AfD): Wie regeln Sie das bei Beschädigung, Verlust und Missbrauch? – Es ist also eine Regelwut ohne Ende.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag der SPD kommt zweifelsohne aus einer früheren Krisenphase, also aus einer Zeit, in der alle Schüler von zu Hause aus lernen mussten. Seitdem hat sich natürlich einiges getan. Das ist richtig, aber leider noch nicht genug. Es ist richtig, dass Hunderte kultusministerieller Schreiben verschickt worden sind. Doch noch immer sind viele grundlegende bildungspolitische Aspekte, etwa die Frage des Lernens zuhause, das zumindest noch phasenweise bei vielen neben dem Präsenzunterricht stattfindet, ungeklärt.

Schaut man sich im Kontrast an, was vom Kultusministerium alles gemacht wird, stellt man fest: Zum Beispiel wird bei Masernimpfungen den Schulen bis ins letzte Detail vorgeschrieben, wie sie Impfpässe kontrollieren sollen. Natürlich kann man viele Schreiben verschicken. Aber wenn es um grundlegende Aspekte der Umsetzung des Bildungsauftrags und diesbezüglicher klarer Anforderungen geht, will niemand in der Salvatorstraße in München auch Verantwortung dafür übernehmen. Ich höre zum Beispiel immer noch von Eltern, dass sie von ihrer Schulleitung aufgefordert werden, selber zu priorisieren, welcher Stoff zu Hause gelernt werden soll und welcher nicht. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man die Eltern bei solch grundlegenden Fragen daheim alleinlässt und nicht mal diese Entscheidung trifft oder eine Leitlinie vorgibt.

Des Weiteren ist unklar, was wirklich erwartet werden kann. Ich habe jetzt viele abstrakte Sätze gehört. Aber wir müssen überlegen, welche Erwartungen Schüler an die Lehrkräfte und umgekehrt stellen können. Zum Beispiel geht es bei der digitalen Unterrichtsversorgung um die Frage, was denn alles stattfinden soll, welcher Unterricht live übertragen wird oder Ähnliches. Da fehlt es an klaren Leitlinien und verlässlichen Orientierungspunkten.

Ich würde natürlich den Antrag der SPD nicht eins zu eins unterschreiben, zum Beispiel in Bezug auf die Wochenpläne. Aber ich stimme in der grundlegenden Position überein zu sagen, dass es stärkere Leitlinien geben sollte und wir uns auch darum kümmern müssen, dass es eine vernünftige Ausstattung mit Geräten gibt.

Herr Kollege Bayerbach, wir müssen uns auch Gedanken über die sozial Benachteiligten machen. Da kann man natürlich Statistiken nennen. Aber es geht um die Einzelfälle, die auf der Strecke bleiben. Wir haben dazu bisher nur Ankündigungen gehört.

Herr Staatsminister Piazzolo, das klingt alles gut und eigentlich schon fast salbungsvoll. Herr Kollege Waschler, bei Ihren Ausführungen denke ich immer an den Satz eines ehemaligen Ministerpräsidenten, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies.

50.000 Leihgeräte, zusätzlich 78 Millionen Euro aus dem DigitalPakt und dann irgendwann ein eigenes Gerät für jeden Schüler und jeden Lehrer, das klingt alles wunderbar. Entschuldigung, aber das scheint mir immer noch wie eine Traumvorstellung, wie ein bisschen Selbstbeweihräucherung und Beschwichtigung, wenn dann noch jemand klagt. Wirklich glauben mag das vor Ort niemand.

Es geht darum, dass wir vor Ort mehr Verbindlichkeit brauchen. Deswegen geht der Antrag der SPD in die richtige Richtung. Nur: Wir sollten einen Schritt weitergehen; denn wenn alles so salbungsvoll ist, wie es der Kollege Waschler und auch der Minister gerne darstellen, sollten wir einen klaren Rechtsanspruch schaffen. Schaffen wir doch einen Rechtsanspruch auf digitale Bildung, schaffen wir einen Rechtsanspruch darauf, dass jeder ein eigenes Endgerät haben kann! Schaffen wir, bei der digitalen Bildung noch einen verbindlicheren Schritt! Das ist nämlich die Basis für all das, was noch folgen muss. Übrigens werden wir dazu auch noch einen Gesetzentwurf einreichen.

(Beifall der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Vertreter der Staatsregierung erteile ich nun Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo das Wort. – Jetzt ist alles einsatzbereit. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte jetzt richtig Lust, mich nach diesen Wortmeldungen emotional reinzuhängen und aufzuregen. Jetzt sagt Eva, meine Stärke sei, ich würde Ruhe ausstrahlen. Jetzt bin ich unter Druck, versuche ruhig zu bleiben und ein paar Fragen zu beantworten.

Ich hatte das Gefühl, der Antrag, der natürlich sehr ernst gemeint war, war nur ein Aufhänger für das, was in der Vergangenheit oder aktuell jeder zur Bildungspolitik immer schon sagen wollte. Das ist auch jetzt am Abend nicht uninteressant. Ich will nur ein paar Punkte ansprechen, die in Bezug auf den Antrag genannt wurden.

Erstens. Es wurde immer eine konkrete Planung gefordert. Wir haben sie geliefert. Wir haben zur Schulöffnung einen konkreten Fahrplan in vier Schritten – eigentlich in fünf Schritten – geliefert, um zum Regelbetrieb zu kommen. Kaum sind wir jetzt in der vierten Phase, die seit vorgestern begonnen hat, kommt der Antrag der GRÜNEN, um wieder alles umzuwerfen und plötzlich die Grundschulen für alle zu öffnen.

Herr Deisenhofer, ich habe dies heute übrigens zum ersten Mal gehört, das betrifft scheinbar nur weniger betroffene Regionen, also nicht alle Gebiete. Das heißt, Sie wollen einen Flickenteppich mit unterschiedlichen Regelungen. Man legt zum Beispiel fest: In vierzig Landkreisen werden wir die Grundschulen öffnen, in anderen Gebieten werden wir es nicht tun. Mit solch einem Antrag werden Sie die Eltern auf die Palme bringen. Trotzdem kann man darüber diskutieren. Das Interessante ist aber: Sie bringen einen solchen Antrag parallel zu den aktuellen Nachrichten ein, wonach es im Moment allein in einem Landkreis Nordrhein-Westfalens 650 Neuinfizierte gibt, das heißt: mehr als in ganz Bayern.

Ich möchte zu den Eingangsbemerkungen nochmals sagen: Wir sollten sehen, in welcher Situation wir sind. Wir sind nicht in der Situation zu sagen, diese Krise sei vorbei. Befürchtet wird eine zweite Welle mit weiteren Ausbrüchen, sogar in Deutschland. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass die Politik, die die Staatsregierung – bestehend aus CSU und FREIEN WÄHLERN – jetzt intensiv vorantreibt, nämlich eine Politik der Vorsicht, der Beachtung des Infektionsgeschehens und einer wirklich schrittweisen Lockerung – und wirklich Schritt für Schritt! – die richtige ist.

Genau diese Politik haben wir auch bei den Schulen vorgesehen, nämlich einen konkreten Fahrplan in vier Schritten. Wir haben am 27.04. mit den Abschlussklassen begonnen. Ich sage nochmals deutlich: Wir wollten allen Schülern Abschlüsse ermöglichen. Was wurde damals nicht alles kritisiert! Was kam nicht alles an Stimmen – auch vonseiten der SPD –, etwa wir sollten doch ein Notabitur durchführen und die Noten hochrechnen. Ich bin froh, dass wir es nicht gemacht haben. Wir konnten jetzt unsere

schriftlichen Abi-Prüfungen abhalten. Daran haben genauso viele Schüler teilgenommen wie in den Vorjahren – trotz der Sorgen und der Freiwilligkeit.

Derzeit finden die Prüfungen an den Beruflichen Oberschulen statt. Auch da hoffe ich, dass ebenso wie bei den anderen Prüfungen alles gut läuft. Am 11. Mai haben wir in einem zweiten Schritt die Klassen hereingenommen, die im nächsten Jahr vor den Abschlüssen stehen. Auch das hat meines Erachtens gut funktioniert. In einem dritten Schritt haben wir insbesondere den Unterricht an den Grundschulen aufgenommen. Jetzt geht es in einem vierten Schritt um alle Klassen. Ich habe bereits darauf hingewiesen – das wurde auch vorher gesagt –, dass wir zum nächsten Schuljahr einen Regelbetrieb planen. Wir brauchen eine Zeit der Vorbereitung; denn es ist vieles zu bedenken.

Das ist ein in sich schlüssiger Plan. Die Idee dahinter ist: Das war natürlich kein normales, aber auch kein verlorenes Schuljahr. Wir werden die Abschlüsse sicherstellen. Natürlich werden wir einen entsprechenden Lernfortschritt haben – darauf komme ich noch zu sprechen – und im nächsten Schuljahr dafür sorgen, dass fehlende Lernfortschritte nachgeholt werden.

Zweitens. Wir haben bereits sehr früh angekündigt, dass Schülerinnen und Schüler, die über keine Geräte verfügen, sich diese an den Schulen ausleihen können. Die Zahl 50.000 betrifft nur die Leihgeräte, die an bayerischen Schulen sofort verfügbar sind. Wir haben weitere 50.000 Laptops, die fest verankert sind, die aber weiter zur Verfügung gestellt werden können. Ich möchte deutlich sagen: In den Wochen, seit ein Ausleihen dieser Geräte möglich ist, sind diese Geräte nicht mal zu einem Fünftel abgerufen worden. Das heißt, es stehen uns noch genügend Leihgeräte zur Verfügung.

Insofern warne ich ein bisschen davor, immer alles ganz schwarz zu malen und zu sagen, wir hätten hier Hunderte und Tausende von Schülern, die nicht an Leihgeräte herankämen. Sie können es, sie dürfen es, sie können bei ihrem Schulleiter anrufen,

und dann bekommen sie ein Leihgerät zur Verfügung gestellt. Insofern sind die Leihgeräte da. Wir haben das möglich gemacht.

Ich will auch noch einmal auf die Heranführung hinweisen. Natürlich gibt es trotz Leihgeräten und trotz Lernen zuhause, das mal gut, das vielleicht mal nicht so gut funktioniert hat, Unterschiede. Das ist übrigens an der Schule immer so. Das liegt übrigens auch nicht an den Eltern, die vielleicht nicht die Bedingungen schaffen, sondern ich habe mir sagen lassen, dass es auch den einen oder anderen Schüler gibt, der nicht immer lernt und nicht sofort alles wiederholt, egal ob das zuhause ist oder in der Schule. Wenn er das an der Schule tut und dann Lehrern wie Kollegen Waschler oder Kollegin Gottstein begegnet, verfügen diese natürlich über das pädagogische Geschick, erkennen das und führen ihn sofort und in kürzester Zeit wieder heran. Das haben wir im Moment eben nicht in dieser Perfektion. Das heißt, beim Lernen zuhause wird es so sein, dass einige zurückgefallen sind.

Es ist immer schon die Aufgabe der Schulen gewesen, den Lernfortgang wirklich nachzuprüfen und sich auch die Defizite anzuschauen; dann besteht die Aufgabe darin, heranzuführen und nachzuholen. Das machen wir jetzt schon, da die Schulen geöffnet haben. Wir wollen das dann aber auch im nächsten Schuljahr machen.

Natürlich geht es uns allen darum – da sind wir alle beisammen –, die Chancengerechtigkeit möglichst hochzuhalten, möglichst fair zu sein und bestehende Defizite auszugleichen.

Lernen zuhause: Wer sich hinstellen würde – lieber Herr Fischbach, ich glaube nicht, dass ich immer salbungsvoll bin – und sagen würde, alles habe perfekt funktioniert, wäre vielleicht salbungsvoll. Ich habe das aber nicht getan. Das liegt sicherlich schon daran, dass wir selbstverständlich in einer neuen Situation sind. Das betrifft übrigens auch die Digitalisierung, über die man immer streiten kann. Klar gibt es da vieles, was der Regierung gelungen ist, aber man kann auch immer – das ist die Aufgabe der Opposition – sagen, was noch fehlt.

Wir müssen da aber alle ehrlich sein. Mebis war für den Präsenzunterricht geschaffen. Wir haben da jetzt gewechselt, und ich glaube, wir können daraus viel lernen. Beim Lernen zuhause ist aber auch einiges gelungen. Wir haben – wie schon gesagt wurde – Video-Möglichkeiten über MS Teams. Auch bei Mebis gab es am Anfang ein paar Schwierigkeiten. Wir haben aber die Serverkapazität um das Zehnfache hochgefahren. Ich will die Zahlen gar nicht wiederholen. Ich will nur jeden zu Mebis einladen. Mebis ist nicht schlecht. Es ist ein gutes Mittel, und es gibt nur drei Bundesländer, die über Vergleichbares verfügen. Wir sind also froh darüber, dass wir Mebis haben. Ich selber habe mir Mebis intensiv zeigen lassen. Ich lade jeden ein, mal ins Kultusministerium zu kommen, einen Kurs zu machen und sich Mebis mal anzuschauen. Vielleicht gehen dann ein paar Berührungspunkte verloren. Vielleicht sieht man aber auch ein paar Schwierigkeiten und kann uns weiter auf die Sprünge helfen.

Wir haben auch – ich will es kurz machen, um nicht zu lange zu überziehen – beim ISB eine Einheit "Lernen zuhause". Wir machen uns auch schon über die Lehrpläne Gedanken. Da gibt es übrigens Best-Practice-Beispiele.

Ich könnte das jetzt lange aufzählen. Vielleicht gibt es ja noch die eine oder andere Nachfrage, in deren Folge ich noch mehr Input geben kann. Ich will aber zum Abschluss, wie das einige schon getan haben, auch einfach noch mal Danke sagen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Genau. Das mache ich in zehn Sekunden. – Danke an die gesamte Schulfamilie, die das toll gemacht hat. Natürlich schließe ich – dann wird er milde gestimmt – in diesen Dank auch den Vizepräsidenten ein, der mir noch diese 15 Sekunden gewährt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. Es liegen keine Zwischenbemerkungen vor. Sie haben keine Gelegenheit, sich noch weiter zu äußern. Es tut Ihnen niemand den Gefallen.

Nachdem mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion, das die sind Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.